

## Pressemitteilung der Stadt Wernigerode

Wernigerode, 22.03.2017

### Stadt Wernigerode fordert faire und ideologiefreie Prüfung der Unterlagen zum Ganzjahreserlebnisgebiet Winterberg in Schierke

Die Stadt Wernigerode nimmt Bezug auf eine Berichterstattung der Volksstimme vom 22.03.2017, in der zu Ergebnissen der Sitzung des Landesvorstandes Bündnis90/DIE GRÜNEN berichtet wurde. Insbesondere wird dabei durch die Landesvorsitzende Susan Sziborra-Seidlitz eine grundsätzliche Ablehnung von Skigebieten im Ostharz kommuniziert und eine Verantwortung des Umweltministeriums im Rahmen des laufenden Raumordnungsverfahrens negiert. Die Entscheidung „liege allein in der Hand von Landesentwicklungsminister Thomas Webel“.

Zu den Äußerungen nimmt die Stadt Wernigerode wie folgt Stellung:

- 1) Die Entwicklung am Winterberg in Schierke ist keine ausschließliche Wintersportentwicklung mit alpinen Skiangeboten, sondern ein Ganzjahreskonzept, das touristische Dienstleistungen über das ganze Jahr offerieren wird. Dazu gehört als Schlüsselinvestition die ganzjährig betriebene Seilbahn, gastronomische Einrichtungen am Berg und eine attraktive Wasser- und Spielerlebniswelt. Eine bloße Reduzierung der Investitionen auf den Wintersportbetrieb ist nicht Ziel der Stadt und auch nicht Ziel der Privatinvestoren. Dies ist umfangreich dokumentiert – umso erstaunlicher ist die immer wieder propagierte einseitige Sicht auf Wintersportentwicklungen.
- 2) Das laufende Raumordnungsverfahren wird im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr geführt und gesteuert. Wichtigste Fachbehörde im Verfahren ist aber das durch Prof. Claudia Dalbert (Bündnis90/Die GRÜNEN) geführte Umweltministerium mit seiner nachgeordneten Einrichtung, dem Landesamt für Umweltschutz, die im Rahmen des Verfahrens entscheidende Stellungnahmen abgeben müssen. Somit ist eine nicht unerhebliche Verantwortung sowie ein bedeutender Einfluss des Umweltministeriums auf das Verfahren und seinen Ausgang gegeben.
- 3) Aus Sicht der Stadt Wernigerode wird in den kommunizierten Statements völlig die Gesamtverantwortung für die Entwicklung Schierkes und der dort lebenden Menschen negiert. Zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der Entwicklung Schierkes gehört auch, dass wirtschaftliche, soziale und demografische Faktoren in die Abwägung von Entwicklungen einbezogen werden. Dieser Verantwortung kommt der Landesvorstand der Partei Bündnis90/DIE GRÜNEN bei den bisher publizierten Statements nicht nach.

„Ich fordere, dass die ermittelten Ergebnisse im Raumordnungsverfahren ideologiefrei beurteilt werden. Dies gilt für alle Landesbehörden und Ministerien gleichermaßen. Dabei muss uns die Möglichkeit gegeben werden, auf Fachebene diskutieren und nach Lösungen suchen zu können. Die dabei angewandte Verweigerungshaltung von Ministerin Dalbert, die meine Bitte nach gemeinsamen Gesprächen mit ihrem Haus und nachgeordneten Einrichtungen seit einem gemeinsamen Termin im Sommer 2016 ablehnt, halte ich für symptomatisch für die bisherige Herangehensweise“, so Oberbürgermeister Peter Gaffert.

„Ich werde mich um einen schnellen gemeinsamen Termin mit Frau Sziborra-Seidlitz bemühen um unsere Herangehensweise und unsere Ziele für die Ortsentwicklung Schierkes nochmals erklären zu können. Gern kann dies auch im Rahmen einer Ortsbegehung in Schierke geschehen. Dies war und ist ja bekanntlich auch Wunsch der Bürgerinitiative in Schierke, die bereits Frau Ministerin Dalbert eingeladen hatte, aber bisher eine Absage erhalten hat. Wir sollten von allen Seiten her dialogbereit sein und bleiben – verlässliche Politik gründet auf gemeinsamen Gesprächen. Diese Chance sollten wir nutzen. Und private Investitionen sind nur mit verlässlicher Politik möglich“, erklärt Oberbürgermeister Peter Gaffert.